

Abo-nument für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierjährlich 2 Mark,  
nur Landbriefträgerlohn 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gesparte Seite 15 Pfennige.

Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Redaktion, Druck und Verlag von R. Graumann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 26. Juli 1884.

Nr. 345.

Berlin 25. Juli. Bei der heute angefangenenziehung der 4. Klasse 170. Königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

2 Gewinne zu 15,000 M. auf Nr. 55584 72024.

2 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 21186 61087.

43 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 220 1152 5606 8775 13842 13988 21274 21814 22734 23047 26412 27223 27417 30727 31619 35160 39428 43293 44129 50159 53712 54011 55129 55202 57204 59998 63901 63955 64590 65944 68165 71300 72742 76383 78807 79204 83483 84156 84263 86361 89389 91880 94545.

51 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 621 2028 2930 3540 5836 11206 11310 13136 15223 15295 16443 17941 18444 19094 23675 25752 27859 28103 28720 32988 33326 34890 35425 37474 38509 38531 42286 47833 51045 52157 53389 60141 64615 70242 70708 72407 72977 76642 77475 77837 78628 82023 82333 82659 83545 87130 87412 90146 91014 92323 92392.

73 Gewinne zu 550 M. auf Nr. 426 3576 6019 6415 9175 9787 12219 12797 13157 16934 18337 20654 21148 22330 22396 23448 25657 28303 29487 30768 30989 32798 33785 34229 34570 35219 36220 37278 41836 41505 42472 43682 43460 45976 47361 48621 48819 49458 51941 51725 55870 55907 55280 56136 56546 56938 59529 60824 63431 64272 65163 66005 67226 68292 69236 73754 73763 74425 74824 75164 75239 75484 75955 80980 81156 82250 82351 83262 86190 88401 89349 93596 94862.

## Deutschland.

Berlin, 24. Juli. Die Oberbibliothekarstelle an der großen königlichen Landesbibliothek, welche seit Lepius' Tode erledigt ist, wird vorsätzlich diesmal — mag sie nun in dem ganzen bisherigen Kompetenzumfang beibehalten oder wesentlich eingeschränkt werden, was viele wünschen — einem Fachmann, d. h. nicht einem in seiner speziellen Wissenschaft hervorragenden, aber deshalb auch mehr oder weniger einseitig interessierten Gelehrten, sondern einem gelehrten und durch lange Praxis an anderen großen Bibliotheken erfahrenen Bibliothekar von Beruf übertragen werden. Es ist das ein Wunsch, der aus den verschiedensten wissenschaftlichen Kreisen heraus schon seit langer Zeit laut geworden ist, und wir dürfen nicht annehmen, daß der Kultusminister von Gosler, welcher die Neuorganisation der großen Landesbibliothek beständige Aufmerksamkeit widmet und schon manche segensreiche Neuerinnung an denselben durchgesetzt hat, sich diesem gerechtigten Verlangen der Gelehrtenwelt und der Besucher der Bibliothek überhaupt geneigt zeigen werde. Hoffen wir auch, daß der neue Oberbibliothekar während seiner Amtszeit Gelegenheit haben möge, die Überführung der Bücherschäfe in den seit langer Zeit geplanten Bibliotheksbau zu leiten, mit andern Worten, daß der

lebhafte endlich bald begonnen werde. Die jetzigen Anbauten nach der Behrenstraße zu, in und neben dem früheren Palais des Prinzen Friedrich der Niederlande, haben lediglich die Bedeutung eines Notbehelfs, da es so wie bisher schlichterdings nicht mehr weiter ging. Die heutige Bibliothek ist bekanntlich unter Friedrich dem Großen gebaut. Sie sollte mit dem Opernhaus und der Universität zusammen das von Knobelsdorff entworfene Forum Fridericianum bilden, das dann durch die Nachfolger Knobelsdorff's in vieler Beziehung verhältnismäßig worden ist. Damals zählte die Bibliothek einige 80 Tausend Bände — jetzt 800,000. Man kann sich den Raumangel schon an diesen beiden Ziffern klar machen. Außerdem sind aber vielfach die Decken baufällig und es fehlt gänzlich an würdigen Lesezimmern und Studierräumen. Bei der neuen Organisation sollen die Bibliothekare, Auskosten und Assistenten in ihren Abtheilungen freiere Hand bekommen, und der Oberbibliothekar mehr die allgemeine Verwaltung führen. Alle Vorbereiungen für das Inslebentreten der neuen minder bürokratischen und schwefälligen Organisation sind bereits getroffen.

Berlin, 25. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

Zahlreiche Ausweisungsbefehle gegen russische Staatsangehörige sind in Berlin während der jüngsten Tage und Wochen ergangen worden. Von dieser durch das Königliche Polizeipräsidium verhängten Maßregel wurden hier lebende Russen aller Stände — Kaufleute, Agenten, Händler, selbstständige Gewerbetreibende, Studenten, Gehülfen, Gesellen und Leute ohne nachweisbaren Erwerb, ebenso wie verheirathete Russen (auch wenn sie mit deutschen Frauen verheirathet sind), Junglinge und erwachsene Familienväter, eben erst Zugereiste und solche, die schon seit langen Jahren sich hier niedergelassen — betroffen, wenn auch nicht alle in gleicher Schärfe. Die Ausweisung erfolgte in zwei Formen, in einer mildeeren und in einer strengerem.

Die milder Form bestand in Befehlung folgenden „Erlaubnisscheins“:

„Der russische Untertan . . . erhält hiermit die jederzeit wiederholbare Erlaubnis, sich für die Dauer eines Jahres (oder eines halben oder eines Vierteljahrs) in Berlin aufzuhalten. Nach Ablauf dieser Frist hat derselbe Berlin ohne besondere Aufforderung zu verlassen.“

Berlin, den . . . Juli 1884.

Der königliche Polizei-Präsident.

In Stellvertretung:

Friedheim.

Die strengere Form ist ein direkter Ausweisungsbefehl, über den der Empfänger zu quittieren hat und der denselben aufgibt, binnen vierzehn Tagen (oder vier Wochen) Berlin zu verlassen.

„Sollte er“ (der Empfänger nämlich) — so heißt es weiter — „dieser Aufforderung nachzuhören sich weigern und nach Ablauf der erhalteten Frist noch hier betroffen werden oder hierher zurückkehren, so wird gegen ihn auf Grund des § 123 Nr. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 eine Geldstrafe von 50 Mark,

eventuell 10 Tage Haft für jeden einzelnen Fall vollstreckt werden u. s. w.“

Über die großen, leitenden Gesichtspunkte, welche bei dieser generellen und einschneidenden Verfügung im Betracht kommen, haben wir an zuständiger Stelle nichts Bestimmtes in Erfahrung bringen können. Es wurde uns nur der eine, negative Bescheid, daß wieder politisch noch konfessionelle Erwägungen der Maßregel zu Grunde liegen: daß sie weder aus einer Anregung der russischen Regierung hervorgegangen noch einer Anordnung von preußischer bzw. deutscher leitender Stelle entsprungen sei; endlich sei auch die mehrfach auftauchende Vermuthung, daß die im Auslande besonders gefährlichen Fälschungen von russischen Papiergegeln die Maßregel veranlaßt haben könnten, nicht zutreffend. Die Ausweisung bzw. Aufenthaltsbeschränkung sei vielmehr eine durchaus selbstständige, auf praktischen Erwägungen beruhende Maßnahme des Berliner Polizeipräsidiums und rechtmäßig begründet in der Möglichkeit, Ausländern jederzeit den Aufenthalt im deutschen Reiche oder einzelnen Theilen desselben zu versagen. Beschwerden gegen die erfolgten Ausweisungen lägen bereits mehrfach vor, und die hierbei angetroffene Instanz des Ministers des Innern werde ja endgültig entscheiden, ob die Ausweisungen zu Recht erfoigt seien oder nicht.

Über die Gründe der Ausweisung haben wir leider keine Aufkunft bis jetzt erlangen können. Den von der Sache Betroffenen sind Gründe nicht mitgeteilt worden. Die hier und dort auftauchende Vermuthung, die Ausweisungsmäßregel sollte einen gewissen Druck auf die noch nicht Betroffenen üben in der Richtung, daß sie sich zur Erwerbung des deutschen Indigenats verstehen, trifft natürlich nicht zu. Denn es sind uns mehrere Fälle bekannt, in denen hier lebende russische Unterthanen, aus Furcht vor der Ausweisungsmäßregel betroffen zu werden, neuerdings ein Indigenats-Gesuch einreichten, aber umgehend abschlägig beschieden wurden und zwar „Mangels an Gründen“. In einem besonders meißwürdigen Falle hat ein hier ansässiger 35jähriger Mann, Mitinhaber eines nicht unbekündigen Geschäftes, ablehnen Befehl auf sein Gesuch um Erwerbung des deutschen Indigenats erhalten, obwohl er in Deutschland geboren ist, auch seine Eltern bereits Jahrzehnte vor seiner Geburt in Deutschland gelebt haben, obwohl er endlich sich seinerzeit hier in dem guten Glauben, Deutscher zu sein, zum Militär gestellt hatte, und wegen Schwächekeit der Erzähler reserv II. Klasse überwiesen worden war. Sein Vater war Russ gezeugt und hatte es verabsäumt, sich naturalisiert zu lassen.

Eine kompliziert Art der Ausweisung hat ein hiesiger Vertreter einer russischen Zigarettenfabrik erhalten; ihm wurde aufgegeben, binnen 14 Tagen die Stadt zu verlassen, während seinen ein hiesiges Gymnasium besuchenden Söhnen die Erlaubnis eingeschafft wurde, noch zwei Jahre lang behufs Schulbesuchs hier zu bleiben. Die persönliche Vorstellung des Gemahnen regelten, dem das Zeugnis eines anständigen und sich und seine Familie redlich ernährenden Mannes nicht verweigert werden kann, hatte allerdings zur Folge, daß der Ausweisungsbefehl rückgängig gemacht wurde.

Ein besonders auffälliger Fall betrifft auch

einen ganz jugendlichen Malerlehrling, Jörgling einer hiesigen Kunsthalle und wegen vorzüglicher Leistungen fürzlich mit 300 Mark prämiiert. Derselbe bat einen „Erlaubnisschein“ auf drei Monate bekommen.

In Bezug auf diese „Erlaubnisscheine“ erhalten wir übrigens von zuständiger Seite die Mitteilung, daß der zu vielen und großen Befürchtungen Anlaß gebende zweite Passus derselben: „Nach Ablauf dieser Frist hat der Adressat Berlin ohne besondere Aufforderung zu verlassen“ baldigst abgedeckt bzw. dahin kommentirt werden soll, daß eine Verlängerung der Aufenthaltsfrist nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern „bei guter Führung“ sogar wahrscheinlich sei.

Soweit das uns vorliegende Nachrichten-Material. Wir behalten uns vor, eingehend auf die Angelegenheit zurückzukommen.

— Die Mission des schweizerischen Gesandten in Rom, Bayler, hat zunächst einen negativen Erfolg zu verzeichnen; an der Tessiner Grenze hat die italienische Regierung die Quarantäne von 5 auf 7 Tage ausgedehnt. Den Anlaß dazu gab wohl die Thatsache, daß eine Frau, die aus Toulon kam und die fünfjährige Quarantäne in Ventimiglia am Golf von Genua durchgemacht hatte, nachträglich doch in Savona an der Cholera gestorben ist.

— Aus Warschau wird dem „B. B. C.“ geschrieben: „Bon der wegen Unterhaltung nihilistischer Beziehungen verhafteten Personen, deren Zahl, wie bereits mitgetheilt, schon über 100 betragt, sind diejenigen, welche weniger verdächtig erscheinen, bis auf weiteres aus der Haft entlassen worden; darunter befindet sich auch der Staatsarzt Czyczerin. Die Zahl der noch in der Zitadelle in Haft Zwischenhaltenen beträgt gegenwärtig noch 53; dem Verschmen nach sollen dieselben so lange in Haft verbleiben, bis das gegen sie eingeleitete Untersuchungsverfahren zu Ende geführt sein wird. Über den Weg, welchen der Kaiser auf seiner Reise nach Warschau nehmen wird, wird seitens der Behörden großes Stillschweigen beobachtet. Nach der zuerst verbreiteten Annahme sollte der Kaiser von Petersburg über Skierowice und Modlin nach Warschau kommen, von hier nach vier- bis fünfstündigem Verbleiben nach Skierowice zu einem fast dreiwöchentlichen Aufenthalt bei dem Fürsten Baratynsky und alsdann direkt nach Petersburg zurückkehren. Nach einem neuerdings aufgetauchten Gerücht wird sich der Zar von Petersburg über Skierowice nach der österreichischen Grenze begeben, um hier mit dem österreichischen Kaiser zusammen zu treffen und in dessen Begleitung alsdann in Warschau einzutreffen. Von hier soll der Zar alsdann eine Reise nach der preußischen Grenzstadt Alexandrowo unternehmen. Wie weit diese Gedanken mit der Wirklichkeit sich decken werden, wird sich nach Verlauf von etwa 6 Wochen zeigen. Soviel steht fest, daß sowohl auf der Strecke zwischen Warschau und Skierowice wie auch zwischen letzterem Orte und der Grenze verschiedene Vorsichts- und Sicherheitsmaßregeln getroffen werden. Wie verlautet, beabsichtigt eine größere Anzahl russischer Einwohner vor der Ankunft des Kaisers Warschau auf einige Zeit zu verlassen, um so etwaigen Unannehmlichkeiten, welche sie

diese Lage. Wer von ihnen hat nicht gesagt, wenn er in der Nacht ein Fenster glänzen sah: „Dort muß das Glück wohnen?“ Wer von ihnen hat das Fenster nicht mit einer Art Netz betrachtet, wie ein Verzweifelter, den Alles auf der Welt verloren, einen melancholischen Trost darin findet, ein Gasten zu betrachten und zu hoffen, er werde dort einst ein neues Leben beginnen.

Wer mag da wohnen? fragt sich Ludovic. Wer wacht denn noch so spät? Vielleicht ein Schriftsteller wie er, ein Dichter? Hat er nicht auf der Treppe manchmal mit einem bleichen und schlecht gekleideten, ganz jungen Mann, der gewöhnlich ein Buch unter dem Arm trug, einen Gruß gewechselt? Das ist er. Er wird am Morgen, um das unentbehrliche Frühstück zu verdienen, ein paar Stunden geben und etwas von seinem Latein verkaufen, aber den Rest seiner Zeit widmet er der Poetie und der Kunst. Er ist arm, sehr arm, aber stolz und rein wie eine Lilie; er hat den Schatz seiner Jugend und seiner Illusionen noch unberührt bewahrt und wenn ihn trotz seiner abgetragenen Kleider eine Gräfin lächelnd anstarrt, senkt er seine Augen wie eine Jungfrau, seine tiefen Augen mit den Samtäldern, und bewahrt sich für seine künftige Beatrice auf. (Schluß folgt.)

## Fenilleton.

### Das erleuchtete Fenster.

Nach Fr. Coppée

Es war eine gewitterschwangere, mond- und sternlose Nacht in den Hundstagen. Auf dem breiten, mit kranzlenden Bäumen bepflanzten Boulevard gehen sich verein Schritte einige verpäte Spaziergänger, und die doppelte Reihe von Gaslaternen, die in der erleuchtenden Atmosphäre flackern, verschwindet in der Einsamkeit der Faubourgs. Durch die drückende Hitze, die Ermüdung und das drohende Schwinden der Nachtmüden aus seinem Zimmer vertrieben, ist Ludovic von seinem Arbeitsstuhl aufgestanden. Er wirkt einen verwirrten Blick auf eine unvollendete, mit Korrekturen bedeckte Seite, die er ohne Lust und innere Freude geschrieben, löst entmutigt das Licht aus, steigt seine vier Treppen hinunter und geht quer über das Boulevards, um sich vor der Brauerei, die seine Wohnung gegenüberliegt, zu setzen. Welch abschaulicher Abend! Das Glas Bier, das ihm ein Kellner in Hemdmänteln serviert, riecht nach Buchs;

Engländer sagen; wenn Frauenamen in seinem Herzen eingeschrieben sind, stehen sie da, wie in den Spiegel eines Restaurants eingeklebt.

Jedem er ist so einer finstern Träumerei hingebt, sieht Ludovic mechanisch vor sich hin. Blößlich erhebt er den Kopf, um sein Glas zu leeren und bemerkst im fünften Stocke seines Hauses, gerade über seinem Zimmer, ein erleuchtetes Fenster.

Es ist das einzige des Hauses, ja der benachbarten Häuser, denn in den Vorstädten geht man früh zu Bett. Am dunklen Himmel versteckt sich bei dieser Höhe der Giebel der Häuser, und dieses glänzende Fenster leuchtet in der Dunkelheit mit dem ruhigen und beständigen Glanze eines Leuchtturmes. Es ist offen, aber man hat den weißen Vorhang gezogen, der bei jedem Luftzug erzittert.

Wer mag da wohnen? fragt sich Ludovic. Er fühlt sich in diesem Augenblick so traurig, so verlassen, so einsam, und das erleuchtete Fenster leuchtet so sanft, so friedlich, daß durch eine ironische Laune seiner Phantasie er sich die sicherlich glücklichen Erscheinen vergewissern will, die in diesem Zimmer leben mögen. Alle Die, welche der Ekel oder der Verdruß oft aus ihrer Wohnung vertrieben und in nächtlichen Spaziergängen ihren Spuren ermattet haben, kennen

infolge der strengen Weisung der Sicherheitsbehörden treffen könnten, aus dem Wege zu geben."

Der französische Senat hat gestern, wie bereits telegraphisch gemeldet, die Berathung der Revisionsvorlage begonnen. Während vor einigen Tagen verlautete, daß Leon Say einen Ausweg gefunden habe, um die finanziellen Rechte des Senates zu wahren, ohne den Widerspruch der Deputirtenkammer herauszufordern, bat Leon Say in Gemeinschaft mit Jules Simon gestern die Revisionsvorlage überhaupt bekämpft. Zugleich kündigen verschiedene Blätter an, daß die Regierung den Senat auffordern werde, der Revision des Artikels 8 der Verfassung über die finanziellen Rechte des Senates zuzustimmen. Sollte der Senat dies ablehnen, so würde die Vorlage überhaupt nicht mehr an die Kammer zurückgelangen. Die Aussichten auf eine baldige Einberufung des Kongresses sind jedenfalls in den letzten Tagen verringert worden, wie dies auch durch die Abreise Jules Grevy aus Paris erhärtet wird. Hierüber liegt nachstehende Mittheilung vor:

Paris, 24. Juli. Der unerwartete Entschluß des Präsidienten der Republik, bereits heute Abend sich nach seinem Lande im Jura-Departement zu begeben, wird mit der voraussichtlich noch längeren Dauer der Parlamentssession in Zusammenhang gebracht. Sollte aber der Kongress stattfinden, so wird Jules Grevy unverzüglich nach Paris zurückkehren.

### Ausland.

Paris, 23. Juli. Ueber die Konferenz sind die Pariser Blätter weit ausgiebiger als die Londoner. So wird dem "Journal des Débats" vom gestrigen Tage aus London telegraphiert:

"Seit einigen Tagen sucht man die öffentliche Meinung Englands auf das Scheitern der Konferenz vorzubereiten und ihr beizubringen, die Regierung müsse ihre ganze Handlungsfreiheit haben, um eine Expedition nach Egypten zu unternehmen und ihr energisches Auftreten dafelbst nicht durch ungeeignete Förderungen hemmen zu lassen. Unter diesem Eindruck traten heute die Bevollmächtigten zusammen; man erwartet allgemein, daß in dem Falle, daß die englischen Vorschläge nicht in ihrer ursprünglichen Form angenommen würden, Lord Granville die Erklärung abgeben wird, es sei angeblich des bevorstehenden militärischen Einschreitens Englands und der Ausdehnung des Aufstandes nicht möglich, ein Normalbudget für Egypten aufzustellen. Da England, als es die Konferenz einberief, das Ziel verfolgte, die Finanzfrage definitiv zu ordnen, so müßte die Konferenz vertagt werden. Das wäre aber nichts Anderses, als ein verkappter Misserfolg. Es fragt sich nun, welches die Haltung der Bevollmächtigten sein wird. Werden sie im Namen ihrer Regierungen zu geben, daß sie nur deshalb zusammengetreten sind, um die englischen Vorschläge zu verzeichnen, nicht aber sie zu erörtern, oder werden sie auf einer umfassenden Erörterung bestehen und sich auseinanderzugehen, so lange nicht die ihnen unterbreitete Frage gelöst ist? Es ist nicht zweifelhaft, daß die englische Regierung ihre Vertreter bei den verschiedenen Mächten beauftragt hat, zu erlangen, daß diese ihren Bevollmächtigten solche Bedingungen ertheilen, welche mit den Ansichten des englischen Kabinetts übereinstimmen. Man nimmt hier an, daß die französische Diplomatie nach dem Beispiel Englands ebenfalls nicht unthätig geblieben ist und die Haltung der Finanzräthe verbündigt hat, denen sich alle fremden Delegirten geschlossen haben. Durch diesen Schritt hat England die Frage verrückt zu wollen. Andererseits werden die Antworten der Mächte, falls sie sich der Auffassung ihrer Finanzräthe nicht einmütig anschließen, die Gruppierung der Kabinette in der egyptischen Frage deutlich erkennen lassen."

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. Juli. Bis zum 1. September d. J. müssen alle versicherungspflichtigen Gewerbetreibenden bei der unteren Verwaltungs-Behörde, in Stettin beim Magistrat, angemeldet werden. In Bezug der Anmeldung der versicherungspflichtigen Betriebe hat das Reichs-Versicherungsamt eine vom 14. d. Ms. datirte umfangreiche Anweisung erlassen. Anzumelden sind Fabriken aller Art. Als Fabriken gelten insbesondere — auch wenn dies nach dem Sprachgebrauch zweifelhaft sein sollte — alle Betriebe, in welchen die Bearbeitung oder Verarbeitung von Gegenständen gewerbsmäßig ausgeführt wird, und zu diesem Zwecke mindestens 10 Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden. Hierauf muß z. B. ein Bäcker, welcher in seinem Bäckereibetriebe mindestens 10 Arbeiter regelmäßig beschäftigt, als Fabrikant diesen Betrieb anmelden; nicht minder, wenn er seine Nähmaschine durch die Wasserleitung treiben läßt. Als anmeldepflichtig sind namentlich hervorzuheben die Gewerbebetriebe der Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Steinbauer, Brunnenmacher, Schornsteinfeger. Nicht anmeldepflichtig sind Betriebe aller Art, in welchen der Unternehmer allein und ohne Gehülfen, Lehrlinge oder sonstige Arbeiter thätig ist. Bei der Mittäglichkeit von Arbeitern, Gehülfen entscheidet die Zahl 10, sofern nicht etwa durch die Benutzung von Betriebswerken anderweit die Anmeldepflicht eintrett.

Der deutsche Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit hat seit kurzem auch in den Eisenbahnwaggons folgenden Inhalts anbringen lassen: Mädchen, die in Berlin Stellung oder Arbeit suchen wollen, werden hiermit dringend gewarnt, unbekannte Personen zu folgen, die sich an den Bahnhöfen und in den Straßen an sie heranzutragen suchen, unter dem Vorzeichen, ihnen Stellun-

gen verschaffen zu können, oder ihnen einstweilig billig Obdach geben zu wollen, um dann ihre Unerschaffenheit auszubuten. Hunderte von Mädchen gerathen auf diese Weise in's Verderben. Allen hier ankommenden Mädchen, die nicht an den Bahnhöfen von durchaus zuverlässigen Bekannten oder Verwandten in Empfang genommen werden, wird angelehnlich empfohlen, das vom Verein geleitete Mädchenhaus (Stadtbahnhof Börse) aufzusuchen, wo ihnen Platz, Obdach und Beköstigung gegeben wird.

Wie der Minister des Innern den Regierungen eröffnet hat, ist bei öffentlichen Auspielungen geringwertiger Gegenstände festzuhalten, daß das Reichsgesetz vom 1. Juli 1881 eine Stempelabgabe lediglich für eine Reihe von "Urkunden" eingeführt hat, unter Anderem auch für "Ausweise über Spiel-einlagen bei öffentlich veranstalteten Auspielungen"; Auspielungen also, bei denen diese Erhebungsform keine Anwendung finden kann, will Spielausweis nicht gegeben werden, durch das Gesetz weder der Besteuerung unterworfen noch verboten sind. Für Auspielungen der letzteren Art, wie sie in bekannter Weise auf Jahrmarkten und ähnlichen Gelegenheiten vielfach üblich sind, können daher Spielausweise durch einen vorzulegenden Plan u. s. w. nicht verlangt werden.

Wie dem "B. B. C." aus Sachsen auf Rügen geschrieben wird, baut man zur Zeit daselbst an einem halb villenartigen Gebäude, welches schon in seinem Neueren zeigt, daß seine lüstigen Bewohner etwas romantisch angehaucht sind. Sowohl der Typus eines ansehnlichen Inselhauses, als auch der einer zielichen Berliner Vorortsvilla ist ihm aufgeprägt. Ein junges Ehepaar will dort seinen dauernden Aufenthalt nehmen, dessen stärker Theil ein "Eingeborene", ein hübscher junger Fischer ist, während die "bessere Hälfte" aus Berlin stammt, wo ihr Herr Vater als ein ziemlich bekannter Professor lebt. Man sieht, die Romantik hat auch in unseren Tagen doch noch nicht allen Boden verloren.

Die königliche Direktion der Breslau-Freiburger Eisenbahn macht unterm 17. d. den Vorstehern der Kaufmannschaft die Mittheilung, daß vom 4. August ab die Güter-Expedition der Berlin-Stettiner Bahn in Stettin die gesammte Geschäftsführung der Breslau-Freiburger Güter-Expedition übernimmt und leichter für den öffentlichen Verkehr geschlossen wird. Nur für die den Monat Juli betreffenden Transporte wird dieselbe noch bis gegen Ende August dem Publizum geöffnet bleiben.

Zu einem größeren Krawall kam es am Donnerstag Mittag in der Nähe der Zander'schen Delmühle am schwarzen Damm. Zwölf Arbeiter der genannten Mühle machten einen Streikversuch, indem sie eine Verlängerung der Mittagspause verlangten, sie hatten damit jedoch keinen Erfolg, wurden vielmehr sofort entlassen. Sie begaben sich demnächst in ein nahe Schanztal, wo sie bis zum Abend verblieben. Als schließlich der Gendarm Bagel die schon stark Angebrannten aufforderte, ihre Wohnungen aufzusuchen, wurde der Beamte härtlich angegriffen und von einem der Exzedenten, den Arbeiter Ferd. Krause, durch einen Messerstich verwundet. Der Verhaftung des Krause wurde schließlich noch der größte Widerstand entgegengesetzt und mit Hülfe mehrerer herbeigeholter Beamten gelang es, die Räuber zu überwältigen. Außer Krause wurde auch einer der Hauptbeteiligten, der Arbeiter Richard Kaiser, in Haft genommen.

Mit Allerhöchster Genehmigung hat das Kriegsministerium bestimmt, daß bei jedem Landwehr-Bezirks-Kommando ein nicht etatsmäßiger Zahlmeister-Aspirant in eine volante Unteroffiziersstelle eingestellt und im Büraudienst, Kassen- und Rechnungswesen verwendet werden darf. Die Entscheidung ist den Generalkommandos überlassen. Der Einzustellende ist aus dem jüngeren Bestande der Zahlmeister-Aspiranten der Infanterie und der Jäger zu entnehmen und bezieht bei dem Landwehr-Bezirks-Kommando den Mehrbetrag seiner Sergeantenlöhnung über den Etat. Eine Beförderung von Zahlmeister-Aspiranten zu Bezirks-Feldwebeln findet nicht mehr statt.

Eine beherrschende Machtung an alle Auswanderungslustige veröffentlicht Dr. Richard Neuhaus, der als Arzt eines deutschen Auswanderungsschiffes Gelegenheit hatte, einen Eindruck in das Auswandererleben nach Australien zu thun. Der gewiß kompetente Gewähremann, dessen Mittheilungen in ihrer typischen Gründlichkeit auf andere Auswanderungsgebiete in gleichem Maße zutreffen, schreibt: Leider ist die deutsche Auswanderung nach Australien noch immer eine sehr starke. Klagen derjenigen, die auf guten Erwerb in der Fremde hoffend, ihre deutsche Heimat verließen, und nur bittere Enttäuschung erfuhr, dringen nicht über den Ozean, wohl aber führen glänzende Versprechungen der Agenten immer wieder Läuse von tüchtigen Arbeitern in die englischen Kolonien. Die Kolonie Süd-Australien (Hauptstadt Adelaide) bezahlt, um Deutsche zur Urbarmachung ihrer weiten Gebiete herzuholen, den größten Theil des Überfahrtsgeldes und händigt den Leuten schon in Hamburg Landanweisungen ein. Aber wo liegen diese mit Urwald bestandenen Lande? Weit vor jeder Zivilisation entfernt, tief im Inneren. Wer dann einige tausend Mark in der Tasche hat, um Adlergeräth, Biech und Saatkorn anzuschaffen, darf nach 3 bis 4 Jahren auf einträgliche Ernte hoffen. Jedoch verfügt naturgemäß Niemand von den Auswanderern über so bedeutende Mittel. Statt der erhofften Reichthümer lehren gar zu bald Hunger und Not. Nicht selten sind es vor Jahren ausgewanderte gute Freunde und Verwandte, die durch goldene Versprechungen und glänzende Schilderungen ihre Bekanntheit nach Australien locken, um die Gimpel, welche auf den Leim kriechen, als gute und billige Arbeitskräfte auszunutzen. Mit un-

glaublichem Leichtsinne geben die Menschen in die Fremde. In Melbourne befand sich am Bord eines Auswandererschiffes ein Ehepaar, dessen Reiseziel über 100 deutsche Meilen landeinwärts lag. Aber die Leute bezahnen keinen Pfennig Geld, um die Reisekosten zu bestreiten. Dabei erwartete die Frau jeden Tag ihre Niederkunft. Der Ankömmling ist erstaunt, zu hören, daß in den großen australischen Seestädten Arbeiter, welche Schiffsladungen lösen, täglich 10 bis 12 M. verdienen. Dabei wird gesellschaftlich verheimlicht, daß bei dem großen Andrang auf einen Arbeitstag wochenlange Arbeitslosigkeit folgt. Es ist neuerlich verpflichtet, sich wieder ein Agent in Sydney, monatlich 100 Deutsche nach Südwaes zu bringen. Es ist kaum anzunehmen, daß hierdurch das zuo der bereits vorhandenen Kräfte gebessert ist. Unkenntlichkeit der Landessprache thut ein Uebiges, das Maß der Leiden und Unzuträglichkeiten voll zu machen. In Melbourne und Sydney halten sich viele junge Kaufleute auf, die in Deutschland auskömmliche Stellen inne hatten. Jetzt sind sie Hausknechte und Kellner, und kämen, wenn sie nur die Ueberfahrt bezahlen könnten, nach der Heimat zurück. Die bittersten Erfahrungen machen diesen, welche in der Hoffnung, Gold zu finden, nach Australien gehen. Im internationalen Ausstellungsgebäude zu Melbourne anschaulich eine große Pyramide die Menge Goldes, die in Bendigo-Distrikt in den Jahren 1851 bis 1878 gefunden wurde: ein Wert von 880 Millionen Mark. Das klingt ungeheuerlich viel. Berechnet man jedoch, daß demnach täglich die durchschnittliche Ausbeute 86,000 M. betrug, eine Summe, die sich auf wenigstens 50,000 Goldjäger vertheilt, so entfielen auf Jeden pro Tag 1 M. 70 Pf. von dem geschätzten Metall. Was will das besagen in

Gesetz vom 1. Juli 1881 eine Stempelabgabe

§ 56 des R.-Str.-Ges. Buchs nur dann bestraft werden, wenn er die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat. Wird auf Grund einer solchen Annahme eine Strafe gegen ihn ausgesprochen, so kann er gegen ein solches Urtheil, trotz seiner Minderjährigkeit, selbstständig die zulässigen Rechtsmittel einlegen. Urth. des Reichsger. vom 3. Dez. 1883.

Günahrt jemand einem Diebe die Mittel, den Bestohlenen zu entzögeln und richtet demnächst an den mit den Ermittlungen beauftragten Polizeiauktionen, sowie an den Bestohlenen das Ansuchen, den Diebstahl nicht zur Anzeige zu bringen, so macht er sich nach einem Urtheil des Reichsgerichts einer strafaren Begünstigung des Diebes schuldig.

Nach § 138 Abs. 1 der Gewerbeordnung ist jeder Arbeitgeber, welcher jugendliche Arbeiter in seiner Fabrik beschäftigen will, verpflichtet, hiervon vor dem Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeihörde schriftliche Anzeige zu erläutern. Diese nach § 149 Nr. 7 der Gewerbeordnung bei Geldstrafe bis zu 30 M. oder Haft bis zu 8 Tagen gebotene Anzeigepflicht besteht nach einem Urtheil des Reichsgerichts vom 21. Dezember 1883 nicht blos bis zum Beginn, sondern währt auch innerhalb der ganzen Dauer der Beschäftigung des jugendlichen Arbeiters. Die dreimonatliche Verjährungsfrist für die Strafbarkeit beginnt danach nicht mit Eintritt des Arbeiters in die Beschäftigung, sondern erst mit dem Zeitpunkt, in welchem diese Beschäftigung aufhört.

Die nach der früheren Gerichtsordnung (Th. III. Titel 1 §§ 30—31) angeordnete Strafbarkeit des mutwilligen Querulirens bei Gericht oder der Staatsanwaltschaft ist durch die neue Gesetzgebung nicht aufgehoben worden, besteht vielmehr in voller Rechts Gültigkeit fort. Urth. des Reichsgerichts vom 28. Dez. 1883.

Nach einem Urtheile des Reichsgerichts vom 18. Dezember 1883 ist ein Lehrer, welcher bei Ausübung seines Züchtigungsrechtes die ihm landesgesetzlich gestellten Grenzen überschreitet, wegen vorwässlicher Körperverletzung in Ausübung seines Amtes, bzw. wegen fahrlässiger, unter Uebertritung seiner Amtsqualität begangener Körperverletzung zu bestrafen. Danach sind die früheren landesgesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die preußische Kabinetsordre vom 14. Mai 1825 — inhaltlich deren die Überschreitung des Züchtigungsrechtes unter Umständen nicht strafrechtlich, sondern nur disziplinarisch zu ahnden war — durch die mit dem 1. Oktober 1879 in Kraft getretenen Reichsjustizgesetze kraftlos geworden.

Nach § 123 des R.-Str.-G.-V. wird derjenige wegen Hausfriedensbruchs mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldbuße bis zu 300 M. bestraft, der in fremder Wohnung, ohne Befugniß verweilend, aus selbiger, trotz erfolgter Aufforderung des Berechtigten, sich nicht entfernt. Nach dem Urtheile des Reichsgerichts vom 4. Januar 1884 genügt schon eine einmalige unbefolgt gebliebene Aufforderung des Berechtigten, um das Vergehen des Hausfriedensbruchs zu vollenden.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysium theater: "Der Beilchenfresser". Bellevue theater: "Nanon." Komische Operette in 3 Akten.

### Bermischte Nachrichten.

Hamburg, 21. Juli. Die fünf Hamburger Logen haben sich entschlossen, ein neues, allen Anforderungen der Zeitzeit entsprechendes Krankenhaus zu bauen, und haben zu diesem Zwecke die Summe von 200,000 M. bewilligt. In dieser Summe ist das notwendige Inventar z. c., also Alles, was zur inneren Ausstattung gehört, nicht einzubeziehen. Zur Beschaffung der dazu nötigen Mittel wird auf die rege Beteiligung der Hamburgerischen Bevölkerung gerechnet, speziell bei Gelegenheit eines Bazaars, welcher im April 1885 ins Leben gerufen werden soll. Es ist kein Zweifel, daß dann unsere Mitbürger freudig den Logen zur Errichtung ihres humanen Zweckes behilflich sein werden.

### Telegraphische Depeschen.

Paris, 25. Juli. Die auch in deutsche Blätter übergegangene Erzählung des Prätendenten Don Carlos über die angebliche Aeußerung des Königs Alfonso, daß er an der Spitze von 80,000 Mann wieder nach Frankreich kommen werde, wird mit von Madrid aus als völlig grundlose Erfindung bezeichnet.

Petersburg, 25. Juli. Die diesjährigen Zoll-Einnahmen betragen bis zum 1. (13.) Juni cr. 37,968,540 Rbl. gegen 37,153,221 Rbl. in demselben Zeitraume des vorigen Jahres.

Petersburg, 25. Juli. Der "Regierungs-Anzeiger" veröffentlicht einen Zirkularerlaß des Gehülfen des Ministers des Innern vom 19. d. worin das Zirkularschreiben vom 16. Juni 1880, dem zu folge die durch Preußen in's Ausland Reisenden ihre Päss vorher durch einen der deutschen Konsuln in Russland visieren zu lassen haben, in Erinnerung gebracht wird.

Der deutschen "Petersb. Ztg." trifft demnächst eine außerordentliche persische Gesandtschaft hier ein, um dem Großfürsten-Thronfolger aus Anlaß von dessen Großjährigkeits-Erklärung einen hohen Orden zu überbringen.

Nach Meldungen aus Charlow haben am 9. und am 18. d. M. in der Pulverfabrik Schostensky-Bawod im Gouvernement Tschernigoff Explosionsstoffsatzgefunden, bei denen 16 Personen das Leben einbüßten.

Belgrad, 25. Juli. Die serbische Regierung hat gestern den Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns und Russlands ein Memorandum betreffs des serbisch bulgarischen Konflikts überreicht.